

die Rede des Präsidenten Theunis und die Formalsachen für die Konstituierung der drei Hauptausschüsse für die Industriefragen, für Zoll- und Handelswesen und für landwirthschaftliche Fragen ausgefüllt werden. Die ersten Redner für die allgemeine Aussprache, die zum Wochenende abgeschlossen werden soll, sind nach der vorläufigen Reihenfolge Professor Gustav Cappel für Schweden, Reichsmann für England, Loucheur für Frankreich und von Siemens für Deutschland, der wahrscheinlich seine mit großem Interesse erwartete Rede am Schluß der Vormittagssitzung oder zu Beginn der Nachmittagsitzung des Donnerstags halten wird.

▲ Genf, 3. Mai. Die letzten Vorbereitungen für die Weltwirtschaftskonferenz liegen vor dem Abschluß. Im Reformationsaal, wo die Konferenz am Mittwoch, Freitag 11 Uhr durch den vom Silberbundrat ernannten Präsidenten, den früheren belgischen Ministerpräsidenten Theunis, eröffnet werden wird, stehen alle technischen Vorbereitungen vor dem Abschluß. Einschließlich des Hilfspersonals werden etwa 1000 Personen an der Weltwirtschaftskonferenz in Genf zusammenkommen. Die meisten treffen erst am heutigen Nachmittag und Abend hier ein, darunter auch die noch lebenden deutschen Delegierten, nämlich C. F. von Siemens, Dr. Lammerms und Konrad Rosenberg. Loucheur wird erst am Mittwoch vormittag in Genf eintreffen.

Nach den bisherigen allerdings noch nicht endgültigen Dispositionen wird die Konferenz noch nicht am

Genf, 2. Mai. Nach dem „Journal de Genève“ wurden heute im Bundeshaus in Anwesenheit des Bundespräsidenten Motta und des Leiters des Postzweiges im Ranton Genf die Maßnahmen zum Schutz der sowjetrussischen Delegierten für die Bilanzwirtschaftskonferenz besprochen. Es werde alles zur Sicherheit der russischen Delegierten auch schon auf ihrer Reise getan werden. — Nach einer weiteren Mitteilung des Blattes werden für die russischen Delegierten, die Mittwochabend in Genf erwartet werden, außerordentlich strenge Maßnahmen zur Vermeidung jedes Zwischenfalles getroffen.

Preußens Protest gegen den Saar Kohlenabbau von Lothringen aus.

Bei einem so großen Kampfe um den Markt können wir aber nur Lohnerhöhungen brauchen, die wirtschaftspolitisch sich rechtfertigen lassen, mit anderen Forderungen sollte man in einem solchen ungesicherten Augenblick

die Unfallsziffer im Bergbau noch außerordentlich hoch sei. Die tödlichen Unfälle seien im Jahre 1926 gegenüber dem Vorjahre etwas zurückgegangen. In der

[Faint, illegible text]

Prüfung der Entwürfe
und 1.
Die für den Neubau
gymnasiums in Bochum
wurden am 2. Mai
beurteilt:
In Ermangelung
würden wurde einstimmig
einen zweiten Preis
dritte Preise und einen
entsprechend wurden zwei
Ein III. Preis
Wasser. Verfasser: H.
Dortmund.
Ein III. Preis
Verfasser: Diplomingenieur
A. Schaefer, Architekt
Ein III. Preis
Verfasser: Architekt Hans
terlich in Bielefeld.
Ein IV. Preis
Verfasser: Architekt Herr
Arndt in Düsseldorf.
Zum Entwurf zu je
1. Remont: „Bode“
Kriegsbild in Emmerich
2. Remont: „Mar“
J. J. Schmitt in Dortmund.
Die Entwürfe sind
Samstag, den 14. Mai
mittags 6 Uhr im Saal
n. „Des Graubal“
eine Aufführung der
tamtanen Soldaten“ von
dorfer Schauspielhaus
„Die Aufführung des
schlechtlich — unter der
Vollendung, was wir
geschaut haben. An solch
Zusammenhang der Dämonen
Berliner und Dresdener
Im sprachlichen Ausdruck
des Schauspielers, in der
in dem jeder wieder ein
wirkte eine Intensität,
dieser formstarken Dichtung
ihre feinen und feinsten
halbauten Zwischenstufen
(Solat) ein entscheidend
und groß aufwachsende
Opfergabe für die gefall
haften, vielfarbigen Breiten
die immer in die großen
eingeordnet waren und
von bereicherter Kraft
Sprachausdruck verfügt
die Richtigkeit und die
Kraft des Wadens das
gehobener Bedeutung.
Kombinierung bis zur
Die schlichte Einfachheit
gepflegt und gefallend
ebenso wie der Besuch
dem am morgigen Abend
den Gastspiel der Dämonen
künstlichen Genuss ernt

a. Steuerpreispflicht
Steuerpreispflicht des Finanz
am morgigen Donnerstag
1 Uhr und nachmittags 5
Sitzungssaal, Marschplatz
g. Auszeichnung. D.
Heinrich Hofmann und
16. A. wurde vom
das preussische Kriegsgericht
pr. Prüfung der Ver
gangenen Samstag
Verwaltungsgericht, Coesfeld
schüler aus den Kreisen
feld und Haus teilnahm
als Verwaltungsfachlehrer
die Anwärter für die
Examen bestanden.
p. Bürgerfest in der
ob mancher der Anführer
fahrens auf Bürgerfest
Böf keine Anwendung
Seit Eröffnung der ne
vorgelassen, daß Fußg
und in die Gassestraße
gefahren wurden, die d
führten.
g. Verheerungsschiff. G.
Frau Furtmann auf der
rade und zog sich eine
ihre Ueberführung ins K
g. A. A. D. „Weltfah
darauf hingewiesen, daß
fällt. Dafür sind die
Donnerstagabend im o
findenden Vortrag des
beleg, Essen im Zugmänn
ermartet werden, daß
g. Jungfrauen-Kongress
Mittwochabend 8.15 Uhr
Ankunft der Eucharistie
n. Kath. Gesellenver
kern zur Teilnahme am
12. Mai festgelegt. Die
über die herrliche W

n. Kath. Gesellenver
kern zur Teilnahme am
12. Mai festgelegt. Die
über die herrliche W



geändert worden, sondern nur deshalb, weil der Kredit
an Barmat im Verhältnis zu den anderen Krediten
der Girozentrale zu hoch gewesen sei. Er habe den
Barmatkonkurs für gut gehalten. Barmat habe ihm
erzählt, daß er 13,5 Millionen Gulden in das Unter
nehmen investiert habe. Für die Abgrenzung seien
ihm (dem Reichspostminister) hauptsächlich sechs
wirtschaftliche und soziale Gründe maßgebend
gewesen. Das weitere bestritt Dr. Köffe, die Ansicht
gehabt zu haben, die Post irgendwie zu schädigen.
Er habe vielmehr Tag und Nacht gearbeitet, um die
Post aus der Defizitwirtschaft herauszu
bringen, und Herr Barmat habe ihm gegenüber
bei der ziemlich langen Besprechung in der Wohnung ge
sagt, daß die Post genügend sichergestellt sei.
während er sich Dr. Köffe in seinen Aufzeichnungen mit
dem Hinweis, daß kein Kaufzusammenhang zwischen
dem ihm von Barmat gewährten Kredit und dem
Barmat von der Post gegebenen Geld befand, da er
(Dr. Köffe) das Vorgehen schon viel eher erkannt
habe und niemals irgendwie einen besonderen Druck auf
ihn ausgeübt worden sei.

Das angebliche Konto der Zentrumsparlei.
Berlin, 3. Mai. (Sig. Drabth.) Parteioffiziel wird
mitgeteilt: In der Berliner Morgenpost vom Dienst
tag wird über die Montagssitzung des Barmatprojekts
ein Bericht veröffentlicht, nach welchem für ein Konto der
Zentrumsparlei von Herrn Lange, Hegemann
auf Veranlassung des verstorbenen Reichspostministers
Dr. Köffe 60000 Mark gezahlt worden seien. Der
Vorstand und das Generalsekretariat der Deutschen Zent
rumsparlei stellen hiermit fest, daß das Bestehen
eines solchen Kontos ihnen nicht bekannt
gewesen ist und daß von diesem Konto kein Pfennig
auf das Konto der Deutschen Zentrumsparlei über
wiesen worden ist. Wenn das in dem Projektbericht
erwähnte Konto wirklich bestanden hat, so ist es
ein rein privates Konto gewesen.

Ein Banderolendiebstahl verurteilt.
Berlin, 3. Mai. In Beginn des heutigen Pro
zesses gegen die Banderolendiebe wurde festgestellt, daß
der Angeklagte Otto Spang nicht aus dem Unter
suchungsgefangnis vorzeitig entlassen worden war. Auf
Antrag des Verteidigers von Spang, Herrn Ausbe
ren, als einseitig anzusehen und das Verbot gegen
ihn abzurufen, wurde vom Gericht abgelehnt, das
ohne den Angeklagten Spang weiter verhandelt.
Die Verhandlungen wurden zu Ende geführt. Das
Gericht ging bei seinem Urteil, 2. über den Antrag
des Staatsanwaltes hinaus. Spang wurde zu fünf
Jahren Zuchthaus verurteilt. Müller, Marckall
und Enders erhielten je drei Jahre sechs Monate
Gefängnis, gegen Kurt Herrmann erliefen das Ge
richt auf sechs Monate Gefängnis. Weiterhin erliefen
Gustav Rude und Frau W. Rude sechs Monate und
F. Essinger drei Monate Gefängnis. Die übrigen
Angeklagten wurden freigesprochen. Gegen Spang,
Müller und Marckall wurde außerdem auf je fünf Jahre
Güterverlust erkannt. Das Aktenvermerkblatt meldet,
daß der Angeklagte Spang aus dem Untersuchungsge
fangnis schon gestern nachmittag nach der Prozeß
verhandlung entlassen sei. Spang soll im Verlaufe
von 2 1/2 Jahren 13 Mal unter Untersuchung gefan
gen gewesen sein, mit deren Hilfe er sich die Frei
heit verschafft haben soll. Bis jetzt fehlt jede Spur
vom Ausbrecher.

Von Nah und Fern.
Eine Vereinbarung im Ruhrbergbau.
A. Essen, 3. Mai. Heute Abend ist vor dem Schlichter
eine Vereinbarung über das Mehrarbeitslohnkommen mit
den technischen Angestellten im Ruhrbezirk
zustande gekommen.
Folgeschwere Schieberei zwischen einem Kriminal
beamten und Schaufellern.
A. Essen, 3. Mai. In der Grohnaufstraße, Ecke
Engelmeierstraße, kam 3. Nacht nach vorhergegangener
Außenverhandlung zwischen Schaufellern und einem
Kriminalbeamten zu Zusammenstoß, bei dem der Beamte
von der Schaufelwaffe schwer verletzt wurde. Eine Ver
letzung durch einen Bruchstück, eine zweite durch einen
Ringschlag, außerdem ein Hingegenommen. Häufiger
Händler durch einen Streichhölzer. Der Kriminal
beamte, der in Notwehr gehandelt haben will, hat einen
Arztbesuch und Kopferverletzungen übertragen. Die
Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Die Verletzten sind
den Krankenhäusern zugeführt worden.

Das sächsische Zentrumsorgan.
A. Berlin, 2. Mai. (Drabth) unserer Berliner Redak
tion. Der „Berl. Tagebl.“ glaubt berichten zu können,
der Verlag der „Germania“ habe das sächsische Zen
trumsblatt, die „Sächsische Volkszeitung“, deren Verlag
vor einigen Wochen konkurs gemacht wurde, an einen
Kaufmann gekauft. Ebenso die dazu gehörige Zaren
bruderschaft. Wie wir demgegenüber aus zuverlässiger
Quelle erfahren, eilt diese Mitteilung den
Tatsachen voraus. Wichtig ist nur, daß die Ver
handlungen über den Verkauf des genannten Unterneh
mens durch den Germania-Verlag noch schwelen.

Die Beute verflucht.
A. Berlin, 3. Mai. Der 24jährige Kaufmann Kurt
Miegert, der gestern verhaftet wurde, weil er sich bei
einem Juwelier zum Uhr reparieren hatte, hat in
seiner Zelle im Polizeigefängnis einen Selbst
mordversuch durch Erhängen verübt, der aber
verhindert werden konnte. Der Gerichte klagte über
starke Leibschmerzen und geklagt ein, daß er
die beiden gestohlenen Uhren verflucht hatte. Er
musste ins Krankenhaus gebracht werden.

Große Betrugsmanöver aufgedeckt.
A. Berlin, 3. Mai. Bei dem Versuch, durch ge
fälschte Briefe sich eine Stellung in einem großen
Berliner Unternehmen zu verschaffen, wurde ein Mann
namens Lefkowitz, der bereits 13 Jahre seines Le
bens wegen Urkundenfälschung hinter Zuchthausmauern
verbracht hat, entlarvt. Bei einer in seiner Wohnung
vorgonnenen Hausdurchsuchung wurden gefälschte
Tempel der höchsten Reichsbehörden vor
gefunden. In den letzten Wochen bei verschiedenen Post
ämtern aufgetaucht gefälschte Postanweisungen
mit Tempeln von Reichsbehörden den
durch die Entdeckung dieser Schwindelversuche des
Lefkowitz ihre Auflösung.

Verhängnisvoller Selbstmord.
A. Magdeburg, 3. Mai. Gestern Abend kam ein junger
Mann auf dem Eisfeld, über den Bogen einer Eisbrücke
zu gehen. Obwohl er bei der herrlichen Dunkelheit ge
wahrt wurde, ließ er sich von seinem halberfahrenen
Vorhaben nicht abbringen und beschritt pfeifend
den Bogenbogen. Nachdem er glücklicherweise den Schel
del des Bogens genommen war, glitt er auf der abfall
enden Seite aus und stürzte ab. Er war sofort tot.
Nieseneinbruch in ein Zollamt.
(1) Grünberg, 3. Mai. In der vergangenen Nacht
drangen Einbrecher in das Zollamt ein und stahlen
für ca. 180000 Mark Steuerbänder. Die Ermittlungen
ergaben, daß es sich wahrscheinlich um zwei junge
Berliner handelt.

eventuellen Gewinne für soziale Zwecke verwenden und
soziale Musterbetriebe sein.
Abg. Hartmann (D.) wandte sich gegen das preis
verleumderische Verhalten des Reichspostministers und be
sprach dann die Frage der sogenannten
Unterwerfung im Bergbau mit höchstens
zweiwöchiger Beurlaubung über und unter Tage.
Hierbei sei aber leider die Mitwirkung des Betriebs
rates ausgeschlossen. Dabei könne man politischen
Mißbrauch mit den jungen Leuten zu treiben. Mit
der Arbeitskraft werde vielfach grober Unfug getrieben.
So seien ununterbrochene Arbeitsleistungen von 18 1/2
bis 20 Stunden im Bergbau zu verzeichnen gewesen.
Ein Mann habe in einer Woche fünf Ueberstunden ver
faßt. Diesem Uebermut müsse entgegengetreten werden.
Bei der unumstößlichen zwölf
stündigen Arbeitszeit sei ein Familienleben nicht
zu denken. Die Zunahme der Grubenunfälle sei nicht
verwunderlich. Ein Zeiger habe sich z. B. dahin ge
äußert: Mit einem Bein stehen wir im Zuchthaus,
mit dem anderen auf der Straße.
(Hört! Hört!) Die Erklärung des Ministers über die
Rechtslage an der Saar begrüßte der Redner. Es
könne keine Rede von einer Verschlechterung der Lage
des Saargebietes sein. Notwendig sei die Haltung und
Stärkung der Organisationen der Arbeitnehmer.
Das Haus vertagte die Weiterberatung auf Mit
woch 12 Uhr. — Schluß 6 Uhr.

im Zusammenhang mit dem Besuch des Prinzen
von Sachsen in Madrid wieder aufgetaucht worden,
der sich über die Lage mit dem spanischen Königspaar
unterhalten habe.

Deutsches Reich.
Eine Zentrumsbesprechung im Reichstag.
A. Berlin, 3. Mai. (Sig. Drabth.) Am Dienstag Abend
traten die in Berlin weilenden Mitglieder der Zent
rumsfraktion des Reichstages zusammen, um die zur
Zeit aktuellen Fragen zu besprechen. Wie aus
bräutlich festzustellen ist, handelt es sich um keine for
melle Fraktionsversammlung. Beschlüsse wur
den daher auch nicht gefaßt.
Die letzte Rate an die Hohenzollern.
Berlin, 3. Mai. Nach dem zwischen Preußen und den
Hohenzollern abgeschlossenen Vertrag über die Ver
mögensauseinandersetzung ist die letzte Rate von fünf
Millionen Mark an das Haus Hohenzollern am 3. Mai
zahlen. Wie wir hören, ist die Ueberweisung
dieser Rate wieder auf den üblichen Wege erfolgt, so daß
damit insgesamt die im Vertrag vorgesehenen 15 Mil
lionen Mark von Preußen an das Haus Hohenzollern
gezahlt worden sind.

Die nächsten Beratungen des Reichstages.
A. Berlin, 3. Mai. (Drabth) unserer Berliner Redak
tion. Am Donnerstag und Freitag dieser Woche wer
den, wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, Kabinetts
sitzungen abgehalten, um über das Material, das sich
im Laufe der Diskussion in großer Fülle angehäuft hat,
zu beraten und evtl. notwendige Entscheidungen zu
treffen.
Die Memellandfrage.
A. Berlin, 3. Mai. Der deutsche Gesandte in Nowo
n ist kürzlich in Berlin gewesen und nimmt mit neuen
Instruktionen nach Nowo zurück. Der
Gesandte wird wegen der Lage im Memelland bei der
Regierung in Nowo ernste und nachdrückliche Vor
stellungen erheben.

Senatspräsident am Reichsgericht Dr. Schmidt 7.
A. Leipzig, 3. Mai. Der Senatspräsident am Reichs
gericht Dr. Karl Schmidt, ist im 71. Lebensjahre
gestorben. Dr. Schmidt ist besonders als Vorsitzender
der Kriegsschuldigen-Prozesse bekannt
geworden.
v. Reubell in Karlsruhe.
A. Karlsruhe, 3. Mai. Reichsinnenminister v. Reu
bell ist heute vormittag um 11.00 Uhr in Karlsruhe
eingetroffen, um der badischen Regierung einen
Besuch abzustatten. Der Besuch wird dem Reichs
minister Gelegenheit geben, die Mitglieder der Landes
regierung und die führenden politischen Persönlichkeiten
von Baden kennen zu lernen und mit ihnen die wesent
lichen politischen Fragen im einzelnen zu besprechen.

Der evangelische Bischofsstift.
Vom Verfassungsausschuß der evangelischen General
synode ist der Bischofsstift mit Stimmen
gleichheit abgelehnt worden. Die Vorlage wird
trotzdem vor die Vollversammlung kommen.
Kleine Auslandsnachrichten.
Steierwald und Joos in Wien.
A. Wien, 3. Mai. Am Montag Abend trafen hier
der frühere preussische Ministerpräsident Steier
wald und der frühere Reichsminister Joos ein. Sie wurden auf
dem Bahnhof von dem Generalsekretär der Christlich-Sozialen
Partei Deckerhoffs, dem Abg. Schönlank, dem
Abg. Spalowsky und in Vertretung des deutschen
Gesandten, Graf Verchenfeld, von dem Legationssekretär
Sietmer begrüßt.
Erkrankung des Präsidenten von Finnland.
A. Helsinki, 3. Mai. Präsident Rander hat
wegen Erkrankung die Wahrnehmung der Geschäfte der
Präsidentenschaft zeitweilig dem Ministerpräsidenten Zan
ner übertragen. Die Besuche der Könige von
Dänemark und Norwegen, die im Sommer statt
finden sollten, sind infolge der Erkrankung des Präsi
denten verschoben worden.
Ultimatum Tschangscholins an Shanghai.
A. Paris, 3. Mai. Nach hier vorliegenden Mel
dungen aus Shanghai hat die dortige Handelskammer
von Tschangscholin ein Ultimatum er
halten, in dem er der Kammer verleiht, die beab
sichtigte Anleihe von 30 Millionen an General Tschang
scholins zu gewähren. Die Kaufmannschaft von
Shanghai zögert nun Tschangscholins Forderung zu
bewilligen, da ihr seine militärische Lage nicht genügend
gefestigt erscheint.

Dr. Köffes Verteidigung.
Von unserer Berliner Redaktion.
Berlin, 3. Mai. (Drabth.)
Zu Beginn der Dienstagsberatung des Barmat
projekts erklärte der Oberstaatsanwalt, es sei vor eini
ger Zeit zweifelhaft gewesen, woher das Papier
kam, auf welchem die Rechnung als Liste geschrieben
ist, die der Girozentrale überreicht worden war. Die
Staatsanwaltschaft habe inzwischen in der Korrespon
denz der Amexima Briefbogen mit dem gleichen
Wasserzeichen gefunden. Julius Barmat hatte
bisher bestritten, daß diese Aufstellung von ihm
kam. Er nahm die Bestätigung des Staatsanwalts
vorsichtlos auf.
Auf Antrag der Verteidigung wurde dann eine län
gere Neufassung des verstorbenen Reichspostministers Dr.
Köffe zu dem ihm zur Last gelegten Delikt verlesen.
Darin erklärt Dr. Köffe, daß der Direktor von der
Girozentrale ihm gegenüber erklärt habe, der Kredit
sei nicht wegen der Unsicherheit des Konzerns

Ministerrat in Belgrad.
A. Belgrad, 2. Mai. Heute fand unter Vorsitz des
Königs ein Ministerrat statt, dem in politischen Kreisen
besondere Bedeutung beigelegt wird. Gegen
stand der Beratungen sollen die gesamte Staatslage und
besonders außenpolitische Fragen im Verhältnis
zu Italien gewesen sein.

Sozialdemokratische
Wahlfälschungen in Desterreich?
A. Wien, 3. Mai. Der „Vol. Anz.“ meldet, der Chri
stlich-sozialen Wg. Runkel habe in einer öffentlichen
Versammlung behauptet, daß man Wahlfälschungen
in der Sozialdemokratie auf die Spur gekom
men sei. Gegen den Wiener Magistrat habe
Runkel die Beschuldigung erhoben, daß im Namen
der Arbeiter Stimmen abgegeben wurden
sollten, die nicht abgegeben worden seien, denen das
Wahlrecht aberkannt worden sei. Sozialdemo
kratische Wahlführer hätten ihm mitgebracht und
bei der Auflegung der Wahllisten sei ein gewis
ser Mißbrauch der Amtsgewalt getrieben
worden. Es ist anzunehmen, so heißt es in der
Berichterstattung, daß die Sozialdemokratie
wegen angeblicher Wahlfälschungen einen ver
hängnisvollen Kampf mit der Sozialdemokratie
in parlamentarischen Kreisen mit dem offiziellen Ein
spruch der Vertreter der bürgerlichen Einzelkräfte
gegen das Ergebnis der Wahlen zum Nationalrat
rechnen.

Die Thronfolge in Spanien.
A. Paris, 3. Mai. Wie „Journal“ berichtet, hat der
spanische Ministerrat Ende vergangener Woche in
Savilla die Frage der Thronfolge erörtert. Man
habe die Möglichkeit eines zukünftigen Regenten
des Landes, die durch allgemeines Stimmrecht gewählt
werden sollen, in Auge gefaßt, da die Mehrheit der
Minister den Standpunkt vertreten habe, daß die Be
zeichnung des Thronfolgers von den Vertretern des
Volkes gewählt werden müsse. Diese Meinung sei
auch vom König geteilt worden. Im übrigen sei
die Proklamation des britischen Königs
Alfonso XIII. von Juan zum Thronfolger schon
nach dem 15. März, nämlich der letzten Kränzung des
Königs ins Auge gefaßt worden. Die Angelegenheit sei

Regierungen des Reichs und Preußens niemals durch
irgendwelche materiellen Erwägungen über die Einrich
tung der Zukunft des Saargebietes und seiner Bevölke
rung leiten lassen. In dieser Beziehung möchte ich an
die Worte erinnern, die der Reichsjustizminister Dr.
Stresemann im Mai vorigen Jahres zu den Saar
ländern hier in Berlin gesprochen hat. Herr Dr. Stre
semann verwarf sich damals gegen das hier und da auf
getauchte Gerücht, er wäre bereit, freiwillig einige
deutsche Gemeinden an der saarländisch-lothringischen
Grenze abzutreten. In diesem Zusammenhang hat er
feierlich dagegen Protest eingelegt, daß
Menschen und deutsches Land irgendwie
in Verbindung gebracht würden zu ma
teriellen Dingen, und dagegen, daß die Menschen
an der Grenze als Anhängel der Saargruben betrachtet
würden. Sie können überzeugt sein, daß die preussische
Staatsregierung diese Verhältnisse mit besonderer Ach
tsamkeit beobachtet und daß sie nichts unterlassen wird,
um die Rechte Deutschlands, Preußens und der deut
schen Saarbevölkerung zu sichern. Die preussische Staats
regierung befindet sich hierbei in voller Ueber
einstimmung mit der Reichsregierung und
wie ich überzeugt bin, mit der Gesamtheit dieses hohen
Hauses.

Die Ausführungen des Ministers über das Saar
gebiet wurden besonders auch auf der rechten mit leb
haften Zustimmungskundgebungen be
gegnet.

Abg. Sobotta (R.) wandte sich gegen die Ueber
schuldung der Preuss. Staatsbetriebe sollten ihre

Die Arbeitslosenversicherung.
A. Berlin, 3. Mai.
Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten
hatte heute die Beratung des Gesetzesentwurfs über die
Arbeitslosenversicherung fort und zwar beim § 63 (Arbeits
fürsorge).

Die Erörterung drehte sich vor allem um die Frage,
ob eine Bedürftigkeitsprüfung eintreten solle.
Anträge der Demokraten und Sozialdemokraten wollten
diese Prüfung beibehalten bzw. mildern.
Der § 63 wurde in folgender Fassung angenommen:
„In Zeiten andauernd besonders ungünstiger Arbeits
marktlage hat der Reichsarbeitsminister nach Anhö
rung des Verwaltungsrats des Reichsausschusses
für Arbeitsvermittlung die Gewährung der Arbeits
losenunterstützung als Arbeitslosenunterstützung abwei
chen von den Vorschriften der §§ 68-69 zuzu
lassen. Die Zulassung kann auf bestimmte Be
rufs- oder Berufsgruppen beschränkt werden. Die Höhe der
Unterstützung und die Dauer ihrer Gewährung können
beschränkt werden.“

Die Arbeitslosenunterstützung besteht nach § 64 aus
der Hauptunterstützung und den Familien
zuschlägen. § 65 bestimmt, daß die Höhe der
Unterstützung nach dem Arbeitslosenstand richtet. § 66
bestimmt den Aufbau eines Lohnersatzsystems.
Für die Zugehörigkeit des Arbeitslosen zu der ein
zelnen Lohnklasse ist das Arbeitslosengeld maß
gebend, das er in den letzten drei Monaten der längste
Zeit bezogen hat. § 67 bestimmt, daß der Vermögens
nachweis der Unterstützung ein Einkommensnachweis ist.
Der Einkommensnachweis beträgt in Klasse 1 12 M.,
Klasse 2 15 M., Klasse 3 21 M., Klasse 4 27 M., Klasse 5
33 M., Klasse 6 39 M., Klasse 7 45 M., Klasse 8 51 M.,
Klasse 9 57 M., Klasse 10 63 M., Klasse 11 69 M., Klasse 12
75 M. Die Hauptunterstützung beträgt nach § 68 in den
Klassen 1 und 2 50, in den Klassen 3 bis 12 75 bis
935 vom Hundert des Einkommens.

Als Familienzuschlag werden für jeden zu
zuschlagsberechtigten Angehörigen 5 v. H. des Einkom
mens gewährt. Einschließlich der Familienzuschläge
darf die Arbeitslosenunterstützung jedoch in den
Klassen 1 und 2 75, in der Klasse 3 70, in den Klassen 4
und 5 65, in der Klasse 6 62,50, in den Klassen 7 bis
9 60 vom Hundert des Einkommens in seinem Falle
übersteigen.
Hierauf vertagte sich der Ausschuss auf Mittwoch.

A. Berlin, 3. Mai. (Sig. Drabth.) Wie wir aus zu
verlässiger Quelle erfahren, wird der Reichstagsaus
schuß für soziale Angelegenheiten mit der ersten Be
ratung des Gesetzesentwurfs über die Arbeitslosenver
sicherung Ende nächster Woche fertig sein. Die
zweite Beratung wird voraussichtlich sofort an
schließen, so daß damit gerechnet werden kann, daß der
Entwurf gleich nach Pfingsten an das Reichstagsplenum
zurückkommt. Angesichts der schwierigen Materie ver
dient die prompte Arbeit des Ausschusses alle Anerkennung.

Die Beziehungen zwischen
Jugoslawien und Deutschland.
A. Berlin, 3. Mai. Von einem angeblich in Belgrad
gedruckten Wunsch Jugoslawiens, mit Deutschland
einen Handelsvertrag abzuschließen, ist in maßgebenden Kreisen nichts bekannt.
Es besteht lediglich die Ansicht, zunächst eine Klärung
der deutsch-jugoslawischen Handelsbeziehungen vorzu
nehmen.

Ministerrat in Belgrad.
A. Belgrad, 2. Mai. Heute fand unter Vorsitz des
Königs ein Ministerrat statt, dem in politischen Kreisen
besondere Bedeutung beigelegt wird. Gegen
stand der Beratungen sollen die gesamte Staatslage und
besonders außenpolitische Fragen im Verhältnis
zu Italien gewesen sein.

Sozialdemokratische
Wahlfälschungen in Desterreich?
A. Wien, 3. Mai. Der „Vol. Anz.“ meldet, der Chri
stlich-sozialen Wg. Runkel habe in einer öffentlichen
Versammlung behauptet, daß man Wahlfälschungen
in der Sozialdemokratie auf die Spur gekom
men sei. Gegen den Wiener Magistrat habe
Runkel die Beschuldigung erhoben, daß im Namen
der Arbeiter Stimmen abgegeben wurden
sollten, die nicht abgegeben worden seien, denen das
Wahlrecht aberkannt worden sei. Sozialdemo
kratische Wahlführer hätten ihm mitgebracht und
bei der Auflegung der Wahllisten sei ein gewis
ser Mißbrauch der Amtsgewalt getrieben
worden. Es ist anzunehmen, so heißt es in der
Berichterstattung, daß die Sozialdemokratie
wegen angeblicher Wahlfälschungen einen ver
hängnisvollen Kampf mit der Sozialdemokratie
in parlamentarischen Kreisen mit dem offiziellen Ein
spruch der Vertreter der bürgerlichen Einzelkräfte
gegen das Ergebnis der Wahlen zum Nationalrat
rechnen.

weniger befriedigend ist, als die der Güttengeden, die
aus der Bekämpfung der Eisenindustrie den Hauptvorteil
ziehen. Es ist das natürliche Ergebnis der
Nationalisierung im Bergbau, daß die
Bergbauleistungen mit einer wesentlich niedrigeren
Belegschaft bewältigt werden können.

Die Lage der staatseigenen Gesellschaften
wird dadurch bestimmt, daß die Gesellschaften keine
Güttengeden betreiben, sondern als reine Kohlenwerke
dastehen. Es ist somit notwendig, daß sie sich nach be
sonderen Hilfsmitteln umsehen, um ihre Betriebe wirt
schaftlich zu gestalten. So ist insbesondere die Ver
einfachung am Standort unternehmen. Man
kann zu betonen, bei der als Motiv selbstverständ
lich nicht die Konkurrenz gegen die hochentwickelte und
leistungsfähige Produktionskraft der F. G. Farbenin
dustrie in Betracht kommt, sondern lediglich die Not
wendigkeit, das Kohlenvorkommen möglichst wirtschaft
lich zu verwerten. In der gleichen Linie liegt die Be
teiligung der staatseigenen Gesellschaften an der Koh
lenveredelungsgesellschaft, die sich die
Kohlenveredelung zum Ziele gesetzt hat, ebenso die Be
teiligung an der Kohlenverwertungsgesell
schaft, die die Gasfernverwertung zum Gegenstand
hat. Es ist zu wünschen, daß auf diesem Gebiet kein
Kampf aller gegen alle stattfindet, mit dem dabei un
vermeidlichen wirtschaftlichen Investitionen, sondern
daß ein einheitlicher Versorgungsplan unter Beteiligung
aller Interessenten erstellt wird, wobei die Sicherung
des Verbrauchers und eine vernünftige Regelung der
Preisefrage besonders wichtig ist. Wenn sich in
jüngster Zeit das Bestreben gewisser Gemein
den gezeigt hat, eigenen Bergbau zu treiben,
so ist das nicht unbedingt wegen der großen
Risiken, die für die Gemeinden darin liegen. Vor allem
wäre es aber abzulehnen, wenn ohne Rücksicht darauf,
ob unsere Produktionsanlagen zur Versorgung un
serer Volkswirtschaft ausreichen, neue Mittel öffentlicher
Art investiert würden, lediglich weil einige Kommunen
auch auf wirtschaftlichem Gebiete nach Markt zu streben.
Das die Verhältnisse hinsichtlich eines

Uebergriffens des französischen Bergbaues von
Lothringen
anlangt, so ist der Zustand im wesentlichen richtig
dargelegt worden. Tatsächlich sind in der letzten Zeit
an mehreren Stellen französische Lothringens, nicht an
der Grenze des Saargebietes, umfangreiche Arbeiter
kolonien und Schachtanlagen ausgeführt worden, und
es werden zurzeit stellenweise Kohlenflöze des Saar
gebietes in großem Umfang von Schächten abgebaut,
die auf französischem Boden in ganz geringer Entfer
nung von der saarländischen Grenze liegen. Der fran
zösische Staat hat nämlich einen Teil der Grubenfelder,
die unter saarländischem Boden liegen und ihm durch
den Verfaller Vertrag zum Eigentum übertragen wor
den sind, durch die Bergwerks-A.-G. „Sarre et Moselle“
verkauft. Diese Aktiengesellschaft betreibt bereits in
dem benachbarten Lothringen Bergbau und gewinnt
die Kohlen unter saarländischem Boden, nicht von einem Schacht im Saargebiet, sondern von
zwei Schächten, die sie im lothringischen
Boden niedergebracht hat. Die Bergpolizei
in diesem Felde wird nach einem Abkommen der Re
gierungskommission des Saargebietes und des französi
schen Staates nicht durch Beamte des Saargebietes,
sondern durch französische Beamte ausgeübt. Daß durch
diese Art des Betriebes

das Saargebiet und seine Bevölkerung in sehr
erheblichem Maße geschädigt
wird, unterliegt keinem Zweifel, denn dem Saargebiet
— und zwar sowohl dem Staat, der Regierungskom
mission wie den Gemeinden — entgehen hierdurch
große Steuerbeträge, da die Besteuerung des von Lo
thringen aus unter saarländischem Boden erfolgenden
Abbaues nicht im Saargebiet, sondern in Lothringen
erfolgt. Es ist deshalb außerordentlich überraschend,
daß die Regierungskommission des Saargebietes, der
die treuhänderische Verwaltung dieses Gebietes obliegt
und deren oberste Pflicht Wahrung der Interessen
dieses Gebietes und seiner Bevölkerung ist, ihr Ein
verständnis zu diesem Vorgehen des französischen Staates
gegeben hat. Welche Motive die französische Staats
regierung geleitet haben, bei Abschluß dieses Nachver
trages den Privatgesellschaften weitgehende Rechte be
züglich des Abbaues der französischen Kohlenflöze zu
gewähren, entzieht sich unserer Beurteilung. Ge
wisß räumt der Vertrag von Versailles dem fran
zösischen Staat weitgehende Rechte bezüglich der Saar
gruben ein. Der französische Staat kann danach den
Bergbau betreiben oder nicht betreiben, die Gruben an
dritte veräußern usw. Ohne in eine nähere rechtliche
Erörterung eintreten zu wollen, muß ich es doch als
einen Mißbrauch bezeichnen, daß durch diesen Ver
trag die reichen Kohlenflöze des Saargebietes nicht
dort gefördert werden, wo sie liegen, sondern so
auf ein fremdes Staatsgebiet verschoben

werden. (Zehr richtig!) Der Vertrag von Versailles
räumt ja in seinem Abschnitt über das Saargebiet
Frankreich sehr viele Rechte und Deutschland hat
aber das wichtige und klar umschriebene
Recht, wenn die Volksabstimmung zu seinen Gunsten
ausfällt — und das wird der Fall sein wird, darüber
besteht schon wohl jetzt nirgends der geringste Zweifel —,
die gesamten Kohlengruben vom fran
zösischen Staat zurückzukaufen. Dieses
Recht zum Rückkauf umfaßt alles, was durch den Ver
faller Vertrag auf den französischen Staat übertragen
worden ist. Hierin gibt es keine Ausnahme. Unter
das Rückkaufsrecht Deutschlands fällt also auch das
jenige Kohlenvorkommen, das noch im Saargebiet
liegt, aber durch die erwähnten Abmachungen des
französischen Staates zur Zeit von französischer Ge
sellschaft ausgebeutet wird. Bei dieser Rechtslage ist es
klar, daß diese Kohlengruben wie auch alle Nachver
träge, die inzwischen etwa der französische Staat abge
schlossen haben sollte, an Deutschland zurück
fallen müssen. Deutschland ist nicht gebunden an
irgendwelche Nachverträge, die in ihrer vertraglichen
Dauer die Zeit nach der Rückkehr des Saargebietes nach
Deutschland umfassen. So kann hier namens der
preussischen Staatsregierung die Erklärung abgegeben, daß
Preußen unter keinen Umständen sich mit einem
Verzicht auf seine Rechte jemals einverstanden
erklären wird.

(Lebhafte Zustimmung.) Die preussische Staatsregie
rung befindet sich hierbei im vollen Einverständnis
mit der Reichsregierung. Es ist zwar aller Grund zur
Wachsamkeit vorhanden, aber bei der klaren Rechtslage
können unsere Rechte nicht durch irgendwelche Verein
barungen präjudiziert werden. Es ist auch der Ver
sicherung Ausdruck gegeben worden, daß das Ver
geben des französischen Staates das Ziel hätte oder die
tatsächliche Wirkung haben könnte, die Volksabstimmung
zu beeinflussen, indem in der Zeit zwischen dem In
krafttreten des Verfaller Vertrages und der Volksab
stimmung unter der Herrschaft der Regierungskom
mission künstliche wirtschaftliche Zusammenhänge und
Verflechtungen zwischen dem Saargebiet und Lothrin
gen geschaffen werden. Demgegenüber erinnere ich
daran,

daß wir der Treue der Bewohner dieser Grenz
gebiete ebenso fähig sind
wie derjenigen der ganzen übrigen Bevölkerung des
Saargebietes. Das hohe Haus wird mit der feinen
Ueberzeugung sein, daß keiner dieser treuen deutschen
Bergknappen sich durch irgendwelche wirtschaftliche Er
wägungen oder andere Beeinflussung davon abhalten
lassen wird, seine Stimme für Deutschland abzugeben.
(Zehr richtig!) Mit der Realität, die oberster Grund
satz bei der Volksabstimmung sein muß, sei es schlech
terdings unvereinbar, wollte man das Ergebnis der Volks
abstimmung mobilisieren auf Grund von wirtschaftlichen
Veränderungen, die der eine Staat, der sich bei der Ab
stimmung im Saargebiet im Wettbewerb befindet, künst
lich geschaffen hat. Selbstverständlich werden sich die

